

**Ausschneiden!**

**Diskutiere diese Fragen mit deinem Gewerkschaftskollegen!**

**Weitergeben!**

# Die Aufgaben der Gewerkschafts-Mitglieder im Kampfe gegen die faschistische Diktatur

Von Walter Ulbricht

Nach dem faschistischen Umsturz in Preußen haben die Unternehmer eine neue Lohnabbauoffensive begonnen. Betriebsweise werden die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Die Tariflöhne sollen herabgesetzt, die Unabhängigkeit der Tarife beseitigt, die Sozialversicherung soll abgeschlagen und mit Hilfe der Arbeitspflicht soll eine allgemeine Herabdrückung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt werden. Die SA bereitet sich offen auf die terroristische Unterdrückung dieser Unternehmerrücknahmen vor. Bei den Betrieben werden neue SA-Kasernen eröffnet und in den Betriebszellen-Organisationen der NSDAP wird der Streikbruch vorbereitet. Aber der Bundesvorstand des ADGB rüht sich nicht gegen die neue Unternehmerrücknahme und den Angriff der faschistischen Papen-Regierung, er predigt „Ruhe und Ordnung“ und bereitet die enge Zusammenarbeit mit Papen, Schleicher vor. Statt die Kraft der Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren, appelliert er an Hindenburg und das Parlament. Gleichzeitig trafen die Gewerkschaftsleitungen, ohne vorher die Mitglieder zu befragen, Lohnabbauvereinbarungen für Hunderttausende von Arbeitern. So darf es nicht mehr weitergehen! Die Gewerkschaften wurden von den Massen der Gewerkschaftsmitglieder aufgebaut, damit sie den Kampf führen, um die täglichen Interessen der Arbeiter mit dem Ziele des Sozialismus. Vor allen Gewerkschaftsmitgliedern steht die Frage: Was ist zu tun im Kampf um Brot und Arbeit, gegen die faschistische Diktatur?

## Wie wehren wir uns gegen Abbau der Löhne?

In den nächsten Wochen laufen die Tarife für zwei bis drei Millionen Arbeiter ab. Überdies werden täglich werden die Arbeitspreise herabgedrückt und die Arbeitsbedingungen durch Abbau der Zulagen, der Urlaubsbezahlung auf ein Minimum verschlechtert. Die Unternehmer fordern für den Lohnabbau und freiwillige Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, über die schrittweise Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Gegen diesen neuen Unternehmerrücktritt, der durch die Unterdrückungsmaßnahmen der faschistischen Papen-Regierung unterstützt wird, muß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiter in allen Betrieben mobilisiert werden. Wer den faschistischen Angriff auf die Löhne zurückschlagen will, der muß die Kämpfe vorbereiten. D. h. Widerstand gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in jeder Betriebsabteilung. Protestaktionen im Betrieb und Gewerkschaft gegen die Unternehmerrücknahme, gegen jeden Lohnabbau und die Notverordnungen der Papen-Regierung, Aufstellung der Arbeiterforderungen zur Abwehr aller Verschlechterungen in den Betrieben und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Wahl vorbereitender Kampfausschüsse oder Einheitsausschüsse sind notwendig. Je mehr organisierte und unorganisierte Arbeiter unter Leitung des selbstgewählten Ausschusses im Betrieb erfaßt werden, um so erfolgreicher wird der Kampf geführt. Jetzt müssen die einzelnen Zellenstellen der Gewerkschaften durch die Tat beweisen, daß sie den Kampf für die Arbeiterinteressen und gegen den Faschismus führen.

## Warum müssen die Gewerkschaftsmitglieder gegen die faschistische Papen-Regierung kämpfen?

Weil die Papen-Regierung durch ihre faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, durch die Legalisierung der SA, sich als Regierung der faschistischen Diktatur im Interesse des Großkapitals erweist. (Faschistischer Umsturz in Preußen, Gerichtsverurteilung gegen kommunistische und Reichsbannerarbeiter, Standgerichte, Versammlungsverbote usw.) Hitler wurde nicht Ministerpräsident, gerade im Interesse der Konzentration der faschistischen Kräfte gegen die Arbeiterklasse. Die Frage, daß eine Regierung mit Hitler an der Spitze einen ungeheuren Antriebs der Antifaschistischen Aktion zur Folge habe und breite Arbeitermassen in gemeinsamer Kampffront zusammenschweißt, hat die Schwereindustrie veranlaßt, die Koalition des Zentrums und der Nazis aufzuheben, um damit die Arbeiterklasse leichter spalten zu können und mit Hilfe des Zentrums nicht nur die christlichen, sondern auch die freien Gewerkschaften besser an die Randare nehmen zu können. Im Interesse des Kampfes gegen den Lohnabbau, gegen die Verschlechterung des Tarifvertrages und der Sozialversicherung, muß nun erst recht die Einheitsfront der Arbeiter geschlossen werden, nicht nur gegen die Papen-Regierung, sondern auch gegen jene, die verantwortungsvolle Opposition“ und das „Rücklassen der Nazis“ predigen. Beurlaubt selbst die Taten der Papen-Regierung und legt auch nicht vom Kampf gegen die faschistische Diktatur abhalten durch das sozialdemokratische Gerede, die Papen-Regierung sei ein „kleineres Übel“. Wer das behauptet, der will die Arbeiterklasse entzweien und den Diktator der Papen-Regierung gefügig machen. Deshalb ist es um so notwendiger, in allen Gewerkschaftsorganisationen alle Kollegen für Kampfmaßnahmen gegen Lohnabbau, Raub der Mitgliederrechte und gegen die faschistische Unterdrückung zu mobilisieren.

## Wie verhindern wir den faschistischen Streikbruch?

Streik treten die SA-Mordbanditen in den Betrieben auf. In der Nähe der Betriebe werden immer mehr SA-Kasernen als Organisationszentren des Streikbruchs geschaffen. Wer den Kampf gegen den Lohnabbau und gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen will, der muß auch für die Entfaltung der SA-Mörder aus den Betrieben und für die Schließung der SA-Kasernen kämpfen, um rechtzeitig den Streikbruch unmöglich zu machen. In mehreren Betrieben wurde bereits durch Proteststreiks die Entfaltung der Notverordnungsstellen aus den Betrieben erzwungen. Viele nationalsozialistische Anhänger haben aber bisher geglaubt, daß Hitler den Kampf gegen das „System“ für den Sozialismus führe. Alle Gewerkschaftsleitungen müssen jetzt mitteilen, damit in allen Betrieben eine große ideologische Offensive gegen die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation geführt wird. Fragt die Mitglieder der Betriebszellen-Organisation, warum Hitler den Kampf gegen die Arbeiterklasse führt?

... der wahre Unternehmer muß mit seinen Preisen bis an die unterste Grenze gehen, muß keine Arbeiter gut entlohnen.“

Warum unterdrückt Hitler den Lohnabbau und läßt den Großkapitalisten die Dividenden und Lohntienmen?

Warum unterstützt er den Triontvertrag von Lausanne, der die Weltkriegen zusammen mit der privaten Schuldenzahlung jährlich mit 2 Milliarden belastet?

Warum kämpft die SA gegen Betriebsarbeiter, aber niemals gegen Millionäre und Antreiber? Laßt nicht jeder! Entlarvt überall die NSDAP als Partei des Großkapitals. Dazu ist aber eine grundsätzliche Stellungnahme gegen die Toleranzpolitik, gegen die Brüning- und Papen-Notverordnungen, wie gegen das kapitalistische Ausbeutungs- und Herrschaftssystem überhaupt notwendig.

## Was heißt Arbeitsbeschaffung?

Kampf um die Arbeitsbeschaffung, das heißt für jedes Gewerkschaftsmitglied, vor allem Kampf gegen jede Entlassung, gegen jeden Lohnabbau, der ja die Kaufkraft der Werttätigen weiter senkt, für Siebenstundentag und 40-Stunden-Woche mit vollen Lohnausgleich. Dieser Kampf um die Arbeitsbeschaffung kann nur gegen den Willen der faschistischen Regierung geführt werden. Auch die Bewilligung von Mitteln für Belebung des Wohnungsbaues, Verkehrsbaues und dergleichen, kann nur das Ergebnis des Kampfes sein. Nur unter dem Druck des gemeinsamen Kampfes der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter werden Regierung und Behörden Mittel bewilligen. Wenn Theodor Leipart im „Berliner Tageblatt“ sagt:

„Das neue Kabinett hat noch keine Zeit gefunden, sich um die Arbeitsbeschaffung ernstlich zu sorgen“.

so zeigt das wohl ein starkes Vertrauen zur Papen-Regierung, aber gleichzeitig den Verzicht, die Illusion zu erweiden, als ob die faschistische Papen-Regierung Arbeiterforderungen bewilligt, ohne den Massenkampf der Arbeiter. Weil der Bundesvorstand des ADGB die Aktivität der Arbeitermassen befürchtet, deshalb kann er nur Vorschläge machen in der Richtung einer gestärkteren Verteilung des Geldes der Werttätigen. Die vom ADGB vorgeschlagene „Kreditbeschaffung“ für die „Arbeitsbeschaffung“ führt zu inflationistischen Maßnahmen mit einer spekulativen Preissteigerung, die eine weitere Senkung des Reallohnes und des Lebensniveaus der Arbeiter zur Folge hat. Die Gewerkschaftsmitglieder wollen aber nicht inflationistische Enteignung der Werttätigen, sondern Arbeitsbeschaffung durch Beibehaltung der Bestände, wie es in den Reichstagsanträgen der SPD gefordert wird.

## Wie verhindern wir die Zerschlagung der Sozialversicherung?

Durch den Massenkampf gegen jeden Unterstufungsabbau, durch Massengehe für Sonderbeitriffs, durch den Kampf gegen

die Hauszinssteuer, durch Massendelegationen zu den Behörden, durch den gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen durch die Verknüpfung des Streikkampfes gegen die Unternehmerrücknahme mit dem Kampf der Erwerbslosen gegen den Unterstufungsabbau und gegen Arbeitsdienstpflicht. Deshalb ist es notwendig, daß jedes Gewerkschaftsmitglied hilft, die Einheitsfront der Erwerbslosen zu schmieden, den nationalsozialistischen Einfluß unter den Erwerbslosen dadurch zurückzuführen, daß jenen antifaschistisch gestimmten Erwerbslosen, die heute noch an Hitler glauben, durch die Tat bewiesen wird, daß nur die revolutionäre Einheitsfront den Kampf um die täglichen Interessen der Erwerbslosen gegen jeden Unterstufungsabbau führt.

## Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse bedeutet Kampf für bessere Arbeitsbedingungen

Versammlungsverbote, Verbot der revolutionären Presse, Sondergerichte und Polizeiverordnungen beweisen täglich jedem Gewerkschaftsmitglied, wie die kapitalistische Klasse durch faschistische Unterdrückungsmaßnahmen die Arbeiter für Lohn- und Unterstufungsabbau gefügig machen wollen, damit die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden. Deshalb liegt der Kampf gegen jede faschistische Unterdrückungsmaßnahme auch im Interesse der Durchsetzung der wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder. Protestbeschüsse in den Betrieben und Gewerkschaften gegen die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen (Arbeits-, Sondergerichte, Verhaftungen, SA-Terror usw.), wie Massenungehörungen, Protestaktionen während der Arbeitszeit, Proteststreiks und Streikbewegungen sind notwendig. Durch die Einziehung der Kraft jedes einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes muß der Massenkampf für die Freiheit der Arbeiterklasse in jeder Betriebsabteilung geführt werden.

# Was lehrt der 20. Juli für alle Gewerkschaftsmitglieder?

Der faschistische Umsturz in Preußen am 20. Juli war nur möglich, weil die faschistische Papen-Regierung wußte, daß die Führer der Gewerkschaften die ganze Macht des Apparates einsetzten würden, um Massenstreikbewegungen zu verhindern. Die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition riefen zum Massenstreik auf und stellten öffentlich die Frage an den ADGB, ob er in dieser entscheidenden Stunde zum Massenstreik bereit sei. Dieselben Führer des ADGB, die gestern gepredigt hatten, „gebt uns die Macht“, waren damit einverstanden, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, Seering und Grzesinski, vor einem Leutnant mit ein paar Mann davonliefen, während Braun vorwärtsüber in Urlaub war. Die offene Frage der SPD und KPD an den ADGB zeigte, daß für uns die Klasse interessiert den Arbeiter das höchste Gebot unserer Politik sind. Wir haben nicht die Frage organisationsmäßig gestellt, sondern haben uns nur von einem Gedanken leiten lassen, alle Kräfte der proletarischen Klasse zum gemeinsamen Kampf zusammenzufassen. Der Bundesvorstand des ADGB antwortete darauf, indem er die Gewerkschaftsmitglieder, die für den Massenstreik eintraten, als „Proletariat“ bezeichnete. Befriedigt konnte der General Rundstedt erklären, daß auch der ADGB gegen den Massenstreik sei.

Das ist die wichtigste Lehre des 20. Juli, daß die Gewerkschaftsmitglieder selbst der Kampf um ihre Interessen führen müssen. Die Führer des ADGB werden sich höchstens dann für die Unterstützung einer Kampfmaßnahme erklären, wenn die Arbeiter bereits im Streik stehen. Deshalb ist die Streikvorbereitung Sache der Gewerkschaftsmitglieder und aller Arbeiter selbst. Wenn es am 20. Juli in den wichtigsten Großbetrieben bereits Einheitsausschüsse gegeben hätte, wie sie sich schon in Teilkämpfen gegen Unternehmer und Faschismus bewährt haben, dann hätte eine führende Kraft im Betrieb bestanden, die in der Stunde des faschistischen Umsturzes in Preußen sofort alle Kräfte der Arbeiter zum gemeinsamen Kampf zusammenführt und in den Kampf geführt hätte. Der 20. Juli hat aber gleichzeitig den Zweck des Burgfriedensangebotes der ADGB-Führer enttückt. Durch die Forderung, die Arbeiter und Kommunisten sollen die Gewerkschaftsführung nicht angreifen, wollten sie die rechtzeitige Entfaltung des verdrängten Treibens des Bundesvorstandes verhindern, die Illusion erweiden, als ob die sozialdemokratischen Führer kämpfen, damit sie im entscheidenden Augenblick um so leichter den Massenstreik verhindern können. Der 20. Juli hat uns neue bewiesen, daß die Lösung des ADGB „Staat greift zu“ eine Forderung im Interesse der kapitalistischen Klassen herrschaft ist und daß die Erklärungen des Bundesvorstandes, die Arbeiter sollen den Schuß gegen den Faschismus der Polizei überlassen und das Urteil des Staatsgerichtshofes abwarten, nur im Interesse der Feinde der Arbeiter war.

## Welchem Zweck dient das Rettungsprogramm des ADGB?

In einer Situation, wo der gemeinsame Kampf der Arbeiter, die Tagesordnung des Kampfes gegen die faschistische Diktatur auf der Tagesordnung stand, veröffentlichte der Bundesvorstand sein Rettungsprogramm zu dem offensichtlichen Zweck, abgesehen vom Kampf der Einheitsfront der Arbeiter gegen Unternehmerrücktritt und faschistische Unterdrückung, Ausgetrieben nach dem faschistischen Umsturz in Preußen SPD und ADGB, von der faschistischen Regierung die „Sozialisierung der Schlüsselindustrie“ und die Enteignung der Großgrundbesitzer“, selbstverständlich gegen „angemessene Entschädigung“. Als ob die Arbeiter gegenwärtig keine anderen Sorgen haben, als die Großindustrie und Agrarunternehmer zu entschädigen. Appell an Staatsgerichtshof oder an die Regierung, das ist das ganze ABC des Rettungsprogrammes des

ADGB. Die wichtigste Forderung im ganzen Rettungsprogramm ist die Subventionierung der großkapitalistischen Unternehmer, angeblich im Interesse der „Verstaatlichung“. Das bedeutet aber keine Einschränkung der kapitalistischen Herrschaft, sondern umgekehrt, diese Subventionenpolitik zeigt das immer enger werdende Verwachsen des Finanzkapitals mit dem Staatsapparat, verknüpfend den direkten Einfluß des Finanzkapitals für den Staatsapparat, was auch zum Ausdruck kommt in der Forderung der Großindustrie auf beschleunigte Durchführung der Reichsreform. Diese „Verstaatlichung“, die als „Weg zum Sozialismus“ verherrlicht wird, ist nichts anderes als eine Diskreditierung des Sozialismus. Es ist kein Zufall, daß die Nazis im wesentlichen mit dieser Forderung einverstanden sind. Wenn die Forderung um „Verstaatlichung“ nichts anderes ist, als die Tarnung des direkten Einflusses des Finanzkapitals auf den Staatsapparat, so ist für den Bundesvorstand des ADGB diese Politik gleichzeitig ein Mittel, sich in diese faschistische Entwicklung einzuschalten und den Gewerkschaftsapparat unter der Maske des „sozialistischen“ Sinnesworts „Sozialismus“, in den Dienst der faschistischen Wirtschaftspolitik zu stellen. Die Erfahrungen der Gewerkschaftsmitglieder mit der Unterdrückung der „Rationalisierung“, der „nationalen Regelung des proletarischen Schicksals“ (Sifferding) durch Notverordnungen, der „Preisierungsaktion“, der Bankenentzweie, der „Verhinderung der faschistischen Diktatur durch die Hindenburgwahl“ usw., müßten eigentlich genügen, daß die Gewerkschaftsmitglieder endlich Schlüsse machen mit dieser kapitalistischen Rettungspolitik, indem sie in allen Gewerkschaften ihre Kampfmaßnahmen für die Durchsetzung ihrer Lebensinteressen beschließen und gegen das kapitalistische Rettungsprogramm des ADGB Stellung nehmen.

## Wie kann die Kampfkraft der Gewerkschaftsmitglieder gegen Unternehmerrücktritt und Faschismus eingesetzt werden?

Dadurch, daß die Gewerkschaftsmitglieder in den Betriebsversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen selbst über die weiteren Kampfmaßnahmen entscheiden und sich nicht wie am 20. Juli auf den Bundesvorstand des ADGB verlassen. Vor allem kommt es darauf an, in jeder Betriebsabteilung jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch sofortige gemeinsame Kampfmaßnahmen abzuwehren. Wenn alle Gewerkschaftsmitglieder, die für den Kampf gegen die Kapitaloffensive sind, die nicht einverstanden sind mit der sozialdemokratischen Rettungspolitik des 20. Juli, gemeinsam in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen auftreten und beschließen, wie die Kampfmaßnahmen gegen Lohnabbau und faschistische Unterdrückung vorbereitet durchgeführt werden sollen und selbst einen Kampfausschuss wählen, dann erfüllen sie ihre gewerkschaftliche Pflicht. Die Gewerkschaften sind von den Gewerkschaftsmitgliedern aufgebaut, deshalb müssen auch die Gewerkschaftsmitglieder selbst helfen, welche Kampfmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durch Diktaturmaßnahmen das Bestimmungsrecht der Mitglieder, die proletarische Demokratie wiederherzustellen, die eine Garantie dafür gibt, daß durch die Beschäftigung der Arbeiter selbst die unteren Organisationen in der Tat den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen. Wo die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Einberufung von Gewerkschafts- oder Betriebsversammlungen verhindern, dort ist es die Aufgabe jedes einzelnen klassenbewussten Gewerkschaftsmitgliedes, seine Kraft einzusetzen, daß auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer die Gewerkschaftsversammlungen einberufen werden, damit die Gewerkschaftsmitglieder selbst über die weiteren Kampfmaßnahmen entscheiden können. Zweitens werden die Gewerkschaftsleitungen versuchen, die ganze Macht ihres Apparates einzulegen, um die Stellungnahme der Mitglieder und die Einziehung von Kampfmaßnahmen gegen die faschistische Diktatur zu verhindern. Dem kann nur erfolgreich entgegen gewirkt werden, wenn sich alle kampfgewillten Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb und in der Gewerkschaft zu Oppositionsgruppen zusammenschließen. Wenn so die Gewerkschaftsmitglieder ihre Rechte in die eigenen Hände nehmen, dann wird kein faschistischer Schlichter und kein Siemens imstande sein, ihre Lohnabbaumaßnahmen durchzuführen. Die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter wird den Unternehmerrücktritt und die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen heftig zurückschlagen und die Offensive im Kampf um den revolutionären Ausweg für eine Arbeiter- und Bauernrepublik entfalten.



**Antifaschistische Kampfwoche 14 Tage verlängert**